



**DIE LINKE.**  
Kreistagsfraktion  
Rhein-Sieg

Rhein-Sieg-Kreis  
Landrat Sebastian Schuster  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg

**Michael Otter**  
Fraktionsvorsitzender  
Mühlenstr. 46  
53721 Siegburg  
Telefon 02241 / 1694865  
[michael@otter-depiereux.de](mailto:michael@otter-depiereux.de)  
[www.dielinke-rhein-sieg.de](http://www.dielinke-rhein-sieg.de)

Siegburg, den 24.04.2019

### **Anfrage: Sachstand Bonn/Berlin Gesetz**

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster,

die folgende Anfrage bitten wir, die Fraktion DIE LINKE und die Gruppe FUW-Piraten, schnellstmöglich schriftlich zu beantworten.

### **Welche Planungen bestehen hinsichtlich der bevorstehenden Umstrukturierungen?**

Hintergrund unserer Anfrage ist einerseits der wachsende Abzug von Regierungsarbeitsplätzen in Bonn und im Umland und andererseits die aktuelle Diskussion um die bevorzugte Ansiedlung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen des Bundes in den Kohlerevieren und generell in Ostdeutschland. Derzeit steht die Landesregierung NRW in Gesprächen mit der Bundesregierung bezüglich des weiterhin forcierten Abzugs von Regierungsarbeitsplätzen. Letztlich wird durch den Abzug der Arbeitsplätze das Bonn/Berlin-Gesetz gebrochen, welches den Verbleib von 50 % der Regierungsarbeitsplätze garantieren sollte. Dazu stellen die Fraktion DIE LINKE und die

Gruppe FUW-Piraten folgende Fragen:

- Wie hoch ist der derzeit noch verbliebende Anteil von Regierungsarbeitsplätzen in der Bonner Region?
- Welche zusätzlichen Abwanderungsabsichten sind derzeit bekannt?
- Führt der Rhein-Sieg-Kreis mit der Landesregierung NRW Gespräche hinsichtlich der Umzugspläne der Bundesregierung und zu einer möglichen Kompensationsstrategie.
- Bestehen hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die bevorzugte Ansiedlung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen des Bundes in den Kohlerevieren und generell in Ostdeutschland Gespräche mit der Stadt Bonn und den anderen betroffenen Kreisen?
- Bestehen hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die bevorzugte Ansiedlung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen des Bundes in den Kohlerevieren und generell in Ostdeutschland Gespräche mit der Bundesregierung wie das Bonn/Berlin-Gesetz eingehalten werden kann?
- Bestehen hinsichtlich der aktuellen Diskussion um die bevorzugte Ansiedlung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen des Bundes in den Kohlerevieren und generell in Ostdeutschland Gespräche mit den Kreisen des angrenzenden Braunkohlegebietes, z.B. Garzweiler?
- Wenn Informationen zu dem weiteren Abzug von bisherigen Regierungsarbeitsplätzen und dem Wegfall von Kompensationsarbeitsplätzen vorliegen, ist dies hinsichtlich einer Gesamtstrategie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Rhein-Sieg-Kreises bzw. der Region berücksichtigt worden?

Mit freundlichen Grüßen

Michael Otter